

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. Einzelhefte 10 Pf. Die Postabnahme kostet 1,20 RM. wöchentlich. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter, Buchhandlungen und Verlagsanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, durch Truppenbewegungen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse besteht kein Anspruch auf Verzögerung der Zustellung oder Mängel der Druckarbeiten. — Rücksendung eingelieferter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Kreuzpreis: die beigefügten Nummern 20 Pf., die beigefügten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 53 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod.: Dresden 2640

Donnerstag den 3. März 1932

Der japanische Nachzügler.

Gerade vierzehn Tage ist es her, als der Völkerbund rat hilflos vor dem Ultimatum stand, das Japan an die chinesischen Verteidiger der Front von Shanghai gerichtet hatte und dessen Ablehnung dem japanisch-chinesischen „Konflikt“ alle Eigenschaften eines Krieges geben sollte. Zwei Wochen sind es her, daß an jenem 19. Februar Japan das Viten des Völkerbundes damit beantwortete, daß es die chinesischen Verteidigungslinien mit allen Kräften angriff; und zwei Wochen schon währen die erbitterten Kämpfe. Um die Mächte, die an der Entwicklung der Lage in China, besonders in und um Shanghai „interessiert“ sind, hat sich die Regierung Japans ebenso wenig gekümmert wie die japanische Seereschiffahrt es getan hat. Auch durch Truppenbewegungen europäischer Staaten oder Amerikas ließen sich die Japaner nie und nirgends in ihrem Vorgehen gegen die Chinesen stören. Und nun sind auch die von England vor Shanghai mühsam genug zustandegebrachten Waffenstillstandsverhandlungen so gut wie gescheitert, nachdem es zuerst den Anschein gebiethen hatte, als würden dort die Waffen wenigstens dann ruhen, wenn — der Völkerbund zusammentritt. Japanische Offiziere sollen in Shanghai erklärt haben, Japan vertraue der Stärke seiner Truppen mehr als der Wirkung internationaler Friedensbemühungen, und da sich dies auch insolge des chinesischen Rückzuges zu bewahren scheint, braucht man es dem Völkerbund gegenüber in Tokio auch weiter nicht eilig zu haben, mit der Friedenspalme zu wedeln, auch wenn der Völkerbund nach ihr voller Sehnsucht ausschaut! Erst will man liegen, dann — vielleicht nachgeben. Aber selbstverständlich nur bei Shanghai, denn über die Mandchurie dürfte Japan weder mit China selbst noch mit einer anderen Macht verhandeln. Es hat das „Kaisertum“ Korea geschluckt und wird mit einer Republik oder einem Kaiserreich der Mandchurie nicht mehr Umsätze machen, auch wenn fortan erst die „Unabhängigkeit“ dieses jüngsten Staates der Welt feierlich proklamiert ist.

Damit wächst Japan nach Norden und Nordwesten tief in das ostasiatische Festland hinein, nimmt, wenn man so sagen darf, „Festlandscharakter“ an in Fortsetzung einer Entwicklung, die mit der Eroberung Koreas und — gegen die Russen — der Eintauchung in die Ostsee begonnen hatte. Aber der Entschluß Amerikas, bei den Hawaii-Inseln eine große Flottenmanöver zu veranstalten und jetzt „zu diesem Zweck“ so ziemlich alle Schiffe zu entsenden, hat sofort die Augen der Japaner wieder hinausgezogen in das Gebiet des Stillen Ozeans, wo es eine „historische Sendung“ zu bestehen oft genug erklärt hat. „Weitschaulenderweise“ hat man 1919 in Versailles den Japanern in der Pazifik bereits einen Stützpunkt dadurch verschafft, daß die europäischen Mächte ihnen die deutschen Südpazifikinseln als „Mandatsgebiet“ übertragen, und trüber Ahnungen voll schrieb am 18. Februar ein großes englisches Blatt: „Geschichte wird jetzt im Fernen Osten mit halbschreiender Geschwindigkeit geschrieben.“ — und da war doch von Japan nur erst die „Unabhängigkeit“ der Mandchurie gegenüber China erklärt worden.

Was soll nun eigentlich die Völkerbundversammlung nach ihrer Konstituierung beginnen? Dem Völkerbundrat ist alles mißglückt, was nur immer er anstellte, um den Konflikt vor Shanghai vor seinem Ausbrechen zu verhindern. In London hat man auf das gewartet, was — der Völkerbund tun wird, und Amerika hat lediglich jenes Seemanöver erweitert, das man nun als eine, allerdings stark verpöbelte kommende Flottendemonstration auffassen kann und wird. Man wird in Genf Reden halten, lange und wohlmeinende Reden —, aber inzwischen geht im Fernen Osten fern von jedem Völkerbundprotest die Weltgeschichte ihren ehernen Gang und sie achtet nicht darauf, daß sie dabei auch einige Blätter mit den vielen Artikeln des Völkerbundsstatuts mit Füßen tritt.

Bericht über Genf.

Nadolny in Berlin.

Votschafter Nadolny, der Führer der deutschen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz, wird in Berlin dem Reichskanzler über den bisherigen Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen Bericht erstatten.

Die Reise Nadolnys ist im Hinblick auf die Unterbrechung der Arbeiten der Konferenz infolge der außerordentlichen Völkerbundversammlung möglich geworden. Es kann angenommen werden, daß die letzten Ereignisse auf der Abrüstungskonferenz, insbesondere der französische Vorschlag auf Einsetzung eines politischen Ausschusses und die französische Forderung auf Durchberatung der Sicherheitsvorschlüge Frankreichs, die Berücksichtigung des Führers der deutschen Abordnung beim Reichskanzler notwendig gemacht haben.

In unterrichteten Kreisen verhärtet sich der Eindruck, daß nach dem Abschluß der Völkerbundversammlung des Völkerbundes Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung für die deutsche Regierung auf der Abrüstungskonferenz bevorstehen.

Eine von Henderson einberufene Unterredung, an der der Vizepräsident der Konferenz, Politis, der Hauptberichterhalter Benesch und die Vertreter von England,

Neuer Völkerbundschritt in Tokio.

Natspräsident Paul-Boncour hat einen neuen telegraphischen Schritt bei der Tokioter Regierung unternommen. In einer Note soll Paul-Boncour die japanische Regierung ersucht haben, unverzüglich zu der Frage der Einstellung der Feindseligkeiten Stellung zu nehmen, da der Völkerbundrat entscheidenden Wert darauf lege, das vor dem Zusammentritt der außerordentlichen Völkerbundversammlung des Völkerbundes die Feindseligkeiten zwischen Japan und China eingestellt seien.

Das Mandat des Völkerbundes zur Behandlung des Konfliktes hört mit dem Zusammentritt der außerordentlichen Völkerbundversammlung auf.

Der frühere chinesische Ministerpräsident Sunfo erklärte in Shanghai, daß Japan wieder das Vertrauen des chinesischen Volkes mißbraucht habe. Trotz der Friedensverhandlungen habe die japanische Armee die chinesischen Stellungen gestürmt. Sollte wirklich Shanghai von den chinesischen Truppen geräumt werden, so bedeute das nicht eine Beilegung des japanisch-chinesischen Konfliktes, China werde weiter kämpfen.

20 Kilometer „Niemandland“ bei Shanghai?

Rückzug der chinesischen Truppen.

Die Chinesen haben ihre bisherigen Stellungen bei Shanghai aufgegeben und sich hinter die 20-Kilometer-Zone zurückgezogen. Die Verköstigung der Truppen erfolgte unbemerkt von den Japanern und in voller Ordnung. Der chinesische Oberkommandierende Tsai erklärte, wenn die Japaner folgen und einen weiteren Druck auf seine Truppen ausüben sollten, werde der Widerstand fortgesetzt werden. Trotz des Rückzuges der Chinesen bombardierten sechs Flugzeuge die Shanghai-Ranking-Eisenbahn. Die Japaner beschießen Tasing. Die Stärke der japanischen Truppen beläuft sich zusammen mit den neu eingetroffenen auf insgesamt 60 000 Mann.

Amerikanische Truppen landen in Shanghai.

Der japanische Votschafter Dibuschi hat dem japanischen Auswärtigen Amt telegraphisch davon Mitteilung gemacht, daß amerikanische Truppen in Stärke von 3000 Mann aus Manila in Shanghai eintriften werden, um die Interessen der amerikanischen Staatsbürger zu schützen. Amerika beabsichtigt, noch weitere Truppenverköstigungen nach Shanghai zu entsenden.

Deutschland, Frankreich, Italien, der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands teilnahmen, hat zunächst eine Verständigung zwischen den Vertretern der Großmächte über die weiteren Verhandlungen zu erreichen gewünscht. Eine grundsätzliche Übereinstimmung ist auch erzielt worden; in der nächsten Woche soll die große Aussprache über die grundsätzlichen Fragen der Abrüstung, besonders über die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung und die französischen Sicherheitsfragen, beginnen.

Remellandbund beim Reichskanzler.

Vollstbefragung gefordert.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing im Beisein des Staatssekretärs von Bülow die drei Vorsitzenden des Remellandbundes, die zugleich als Beauftragte der deutschen Ostverbände zu einer Aussprache über die Remellandfrage erschienen waren. Im Auftrage der Deutschenverbände und der großen Ostverbände, Deutscher Schugbund, Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen, Ostbund, Bund heimattreuer Ostpreußen, Reichsbund der Danziger, überbrachte der Remellandbund dem Reichskanzler die Bitte, den Streitfall Deutschland-Litauen über das Remellandgebiet weiter verfolgen zu wollen ausschließlich auf Grund des § 11 des Völkerbundespaktes, nach dem jedes Bundesmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung auf jeden Umstand zu lenken, der den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen zu stören droht. Eine Vollstbefragung sollte dann unter Ausschaltung Litauens und Kontrolle des Völkerbundes über das Schicksal des Remellandes entscheiden.

Die Preisüberwachung bleibt.

Aber Kaufzurückhaltung soll vermieden werden.

Wie zu Blättermeldungen über eine Einstellung der Tätigkeit des Reichskommissars für Preisüberwachung verlautet, bleibt das Amt des Reichskommissars im Monat März weiter bestehen. Der Reichskommissar wird sein Amt in vollem Umfang weiterführen, soweit nicht jetzt oder in Zukunft eine weitere Übertragung bestimmter Befugnisse an Landesbehörden vorgenommen wird. Der Monat März soll einer Verankerung der dem

Chinesisches Pulvermagazin in die Luft geschoßen.

In der Nähe von Chahbin ist ein chinesisches Pulvermagazin in die Luft geschoßen. Dabei wurde die chinesische Bewachungsmannschaft, etwa 120 Mann, getötet oder verletzt.

Der Grund für den plötzlichen Rückzug der Chinesen ist in der Gefahr zu suchen, die sie tiefen, vom Hinterland abge schnitten zu werden. Sie hatten sich einen günstigen Augenblick ausgesucht, und es gelang ihnen, sich ohne die großen Verluste, die sonst ein Rückzug im Gefolge hat, von dem japanischen Angriff zu lösen. Dieser bemerkte das Herausziehen der chinesischen Truppen aus ihren Stellungen zu spät, um es durch Sperr- und Trommelfeuer noch verlustreich gestalten zu können. Durch das auf die geräumten Stellungen dann einsetzende Trommelfeuer wurde ein breiter Gürtel an der ganzen Tschapeifront in ein einziges Flammenmeer verwandelt, in dem vereinzelt chinesische Maschinengewehrester heldenmütig ihre Stellungen verteidigten, obwohl sie den schieren Flammenod vor Augen hatten. „Nicht der Völkerbund, sondern die Feuersbrunst hat jetzt eine neutrale Zone geschaffen,“ erklärte ein chinesischer Diplomat.

Tschapei von den Japanern erstickt.

Nach einer Mitteilung des japanischen Oberkommandierenden haben die japanischen Truppen ganz Tschapei besetzt und dabei mehrere tausend Chinesen gefangen genommen. Die Chinesen wurden vorläufig in einem Konzentrationslager untergebracht. General Schirofawa hat den chinesischen Oberbefehlshaber Tschangtschinkai aufgefordert, zu kapitulieren, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Neutrale Zone in Shanghai.

Die Japaner zum Rückzug bereit?

Von maßgebenden japanischen Regierungskreisen wurde angedeutet, daß die vollkommene Zurücknahme der japanischen Truppen in Shanghai und deren Rückführung nach Japan sofort durchgeführt werden würde, wenn nach dem Rückzug der Chinesen sich die neutralen Mächte bereit erklären würden, mit ihren Truppen die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die eine Wiederkehr der chinesischen Truppen unmöglich machten.

Reichskommissar übertragenen Befugnisse bei den obersten Landesbehörden und den diesen nachgeordneten Behörden dienen. Auf dem Gebiet der öffentlichen Tarife und Gebühren bleibt die Tätigkeit des Reichskommissars zentral aufrechterhalten.

Im übrigen bleibt es dabei, daß der Reichskommissar bei denjenigen Industrie- und Handelsartikeln, bei denen infolge einer weiteren Einschränkung des Preiskommissariats eine Zurückhaltung der Käufer zu befürchten wäre, seine Tätigkeit ruhen lassen wird, so daß nun auf diesen Gebieten eine gewisse vorausschauende Wirtschaftspolitik wieder möglich ist.

Vor Aussetzung des Bierstreiks.

Während der Verhandlungen mit der Reichsregierung.

Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Gastwirtsverbandes teilt mit: Die Reichsregierung hält an ihrer Zusage, vom 20. März d. J. ab die Biersteuer dort, wo sie 22 Mark je Hektoliter beträgt, um 7 Mark zu senken, unbedingt fest und ist bereit, die Verhandlungen mit den Vertretern des Gastwirtsverbandes über den ganzen Getränkeenergiekomplex beschleunigt zum Abschluß zu bringen.

Diese Verhandlungen können aber nach Ansicht der Reichsregierung nur dann fortgesetzt werden, wenn der äußere Druck des Bierbojkotts in Wegfall gekommen ist. Mit Rücksicht hierauf empfehlen wir der Kollegenschaft und den am Bierbojkott beteiligten Organisationen, diesen so lange auszusuchen, bis die Verhandlungen beendet sind.

Für diesen Zeitraum brauchen die Ausschankpreise nicht gesenkt zu werden. Die Preislenkung der Brauereien bleibt dagegen bestehen. Sollten die im Gang befindlichen Verhandlungen scheitern, dann würde sich für die Verbandsleitung eine neue Lage ergeben, die es ihr zur Pflicht macht, die Interessen des Gewerbes mit Nachdruck weiter zu vertreten.

Preußen kann den Gemeinden nicht helfen.

Das Damaltesdewert des Rückgangs der Steuereinnahmen.

Im Preussischen Staatsrat erfolgte die förmliche Einbringung des neuen Haushalts durch Finanz-